

Ein Leserschreiben

für die Wirtschaftsredaktionen und Wirtschaftsjournalisten

verfasst von

Tristan Abromeit

Mitte April 2014

www.tristan-abromeit.de

Teil 1

Text 122.1

Die Themen:

> „Staatsfinanzierung ist der EZB verboten“

Sparkassen-Präsident Fahrenschon warnt vor einer weiteren Lockerung der Geldpolitik <

Hannoversche Allgemeine Zeitung – Wirtschaft, 14. April 2014

die

> „Ungleichheit bremst das Wachstum“ <

Ein Interview von Moritz Koch mit dem Vice-Chef des Weltwährungsfonds David Lipton in

der Wochenendausgabe des Handelsblatts vom 11.,12.,13. April 2014

und

**Die unzulänglichen Erklärungen von Zusammenhängen
in Bezug auf Zins, Schulden, Währung und Beschäftigung**

Vorweg:

Ich setze mich nicht zum ersten Mal mit dem Thema „Wirtschaftsjournalismus“ auseinander. Es ist erst gut ein Jahr her, da habe ich einigen Redaktionen folgende Beiträge zugesandt und ins Netz gestellt:

Wirtschaftsjournalismus
ist gefährlicher als
Links- und Rechtsextremismus!
Offener Brief
an
Journalisten und Redakteure
des Fachbereichs Wirtschaft
von
Tristan Abromeit
Februar 2013
www.tristan-abromeit.de
Text 110.1

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/110.1.OffenerBriefWirtschaftsredaktionen.pdf>

und als Ergänzung:

Text 110.2
Verdeutlichung des Anliegens
durch eine Auseinandersetzung mit der Person
des Bundespräsidenten Joachim Gauck,
seinen Büchern und seiner Rede vom 22. Februar 2013

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/110.2.Verdeutlichung...J.Gauck.pdf>

Die jetzigen Beiträge habe ich ohne Rückgriff auf die Beiträge vom Februar 2013 geschrieben. Wiederholungen oder Widersprüche in meinen Aussagen – wenn es welche gibt – nehme ich in Kauf.

oooooooooooo

Es ist ja durchaus eine Leistung der Wirtschaftsredaktionen, wenn sie relevante Informationen aus der Fülle des Angebotes aussuchen und diese in unverfälschter Form an die Leser ihrer Zeitung weiter geben. Aber manchmal wünsche ich mir, dass ich erkennen kann, mit welchen Filtern die Redaktion der jeweiligen Zeitung arbeitet, die ich lese. Auch stört mich, dass sich offensichtlich die Zeitungsmacher häufig nur als Flüstertüte der Funktionsträger in Wirtschaft und Politik verstehen. Wenn überhaupt kritischer Wirtschaftsjournalismus dann nur im Rahmen der Vorgaben des Blattes – so mein Eindruck -, am besten abgestimmt auf die Durchschnittsmeinung aller Blätter. Bloß keine Regierungspartei verärgern, das könnte ja den Zugang zu Informationen der Mächtigen erschweren. Verärgert werden darf auch nicht der Abonnent, der könnte seiner Zeitung die Treue aufkündigen. „Bleiben wir schön und sicher in der Mittelmäßigkeit der Mitte!“, scheint die Devise zu lauten. Die optische Vermischung von redaktionellem Teil und Werbung ist ein weiterer Minuspunkt, der hier aber nur eine Randbemerkung ist. Bei dem Wirrwarr in der ökonomischen Praxis und Theorie, sollte doch wenigstens der Versuch der Aufklärung erkennbar sein. Da ich die Wirtschaftsjournalisten durchaus für intelligent halte, frage ich mich manchmal, ob sie irgendeiner Zensur unterliegen oder ob sie nur an einer in der Ausbildung erworbenen Blindheit leiden. Von Garbor Steingart, dem Herausgeber des Handelsblattes, habe ich diesbezügliche Aussagen in Erinnerung und mich gefragt, wie frei oder gebunden die Gestalter des HB eigentlich sind.

Zu den vorliegenden Meldungen:

Der **Sparkassen-Präsident Fahrenschon** hat recht, es ist genügend Geld vom EZB-Verbund emittiert worden. Nach dem *Monatsbericht* der Deutschen Bundesbank vom Juni 2009 (S. 53) sind nur 10 % der Banknoten, die die Deutsche Bundesbank herausgegeben hat, im Umlauf. Zu vermuten ist, dass der Prozentsatz heute noch geringer ist, weil durch den Ankauf von Schuldtiteln durch die EZB die Geldmenge weiter ausgeweitet worden ist, ohne dass diese sich durch eine Steigerung des Preisniveaus bemerkbar macht. Was bedeutet das? Da Geld Eigentumsansprüche auf Güter sind, die sich im Markt befinden, kann sich eine Preisniveaustabilität nur einstellen und danach gehalten werden, wenn die nominelle Größe des Geldes, das kreisend umläuft, im Gleichgewicht bleibt mit der Flussgröße der Güter im Markt.¹ Es gehört doch nicht viel Fantasie dazu, sich vorzustellen, was passiert, wenn weite-

¹ Was künftig produziert wird und was den Markt schon durch Kauf entnommen wurde, zählt nicht.

re 10 oder mehr Prozent des Geldes, das heute in den Horten liegt oder im Ausland ² umläuft, aktiviert wird, sich dem Euro-Geldkreislauf einfügt und auf den Märkten nachfragt, für das es geschaffen wurde – automatisch haben wir dann eine Superinflation.

Im Interview des Handelsblattes mit David Lipton heißt es:

HB: „Zuletzt hatte der IWF noch einen Vorschlag parat: Geld drucken.“

Lipton: „... Und wir wissen, wie leicht sich niedrige Inflation festsetzen kann. Es muss jetzt heißen: nicht selbstgefällig sein, nicht zögern.“

HB: „Fallende Preise können Volkswirtschaften in eine tiefe Krise stürzen. So steht es im Lehrbuch. Aber seit wann ist es schlecht, wenn die Preise stabil bleiben?“

Lipton: „Bei hoher Verschuldung wird Niedriginflation zum Problem. Wenn Notenbanken die Nullzinsmarke erreichen und die Fähigkeit verlieren, die Zinsen weiter zu drücken, und gleichzeitig die Inflation sehr niedrig ist, dann gerät man in eine Schuldenfalle, die sich selbst verstärkt. Die Schuldenlast nimmt schneller zu als die Fähigkeit, sie zu schultern.“

Wir haben hier also die Hinweise von Fahrenschon und Lipton auf zwei Probleme mit ihren auslösenden Ängsten vor einer Inflation und einer Deflation, die auf eine Ursache, nämlich die Nichtbeherrschung des Umlaufes des Geldes durch die Notenbank, zurückzuführen ist. Sind die Probleme neu? Haben wir es hier mit einem Dilemma zu tun? Nein! Was wir vor uns haben, ist die Folge der Jahrzehnte dauernden Ignoranz der Wirtschaftsforschung und des Wirtschaftsjournalismus.

Dass eine leichte Inflationsrate auf die Wirtschaft eine stimulierende Wirkung hat, ist bekannt. Aber offensichtlich sind ein bis zwei Prozent p.a. nicht ausreichend. Es müssten wenigstens fünf Prozent sein. Der Preis dafür ist aber: a) eine ständige ungewollte Übertragung von Vermögen der Gläubiger auf die Schuldner, b) eine Erschwerung jegliche längerfristige Kalkulation, c) ohne Indexbindung der Arbeitsverträge (Tarife) eine Zunahme der Streiks und d) eine unkalkulierbare Inflationsentwicklung, weil der Überhang an Geld, der jetzt bei einer geringen Inflation noch zur Wertaufbewahrung genutzt wird, sich nachfragend nach Gütern und Dienstleistungen in Bewegung setzt.

Das Gefährliche an einer Deflation, die die Nachfrage einschränkt und die Konjunktur lahmen lässt, ist auch bekannt. Mit der Wirkung der Deflation in der Weimarer Republik wurde

² Hier als Nichtgeltungsbereich des Euros verstanden.

die Startbahn für den NS-Staat gebaut. Der Reichskanzler Heinrich Brüning, hat die durch seine Sparpolitik ausgelöste Deflation nicht aus Böswilligkeit gefördert, sondern aufgrund falscher Vorstellungen vom Geld. Nach den Erfahrungen mit der vorausgegangenen Inflation und dem Zwischenspiel mit der Rentenmark³ herrschte mehrheitlich noch die Vorstellung, ein stabiles Geld (= Preisniveaustabilität) könne man nur mit einer Goldwährung oder Goldkernwährung haben. Also nahm man Kredite auf, um damit Gold zu kaufen und (nutzlos aber kostenträchtig) in den Notenbankkeller zu legen. Als dann in der damaligen Weltwirtschaftskrise die Kredite gekündigt wurden, musste das Gold verkauft werden um die Kredite zurück bezahlen zu können. Da man aber an dem Glauben fest hielt, die Menge des Geldes müsse in einem bestimmten Verhältnis zu Gold gehalten werden, wurde Geld eingezogen.⁴ Heute genügt es schon, dass eine mangelnde Rentabilität des Geldkapitals das Geld in die Liquiditätsfalle (Keynes) geraten lässt. Das Geld landet also in Spekulationskassen oder wird einfach gehortet (Gesell) – und zwar solange die Inflationsrate dem Publikum noch erträglich erscheint.

Wir haben heute also eine Situation, in der die durch die von Zentralbank ausgegebenen Geldmenge eine Superinflation zu erwarten wäre, in der aber scheinbar paradox eine Deflation zu befürchten ist. Die offiziellen Maßnahmen wichtiger Zentralbanken zur Bekämpfung einer möglichen Deflation laufen darauf hinaus, die Gefahr einer Inflation zu erhöhen, ohne dass vorläufig die große Zahl der Wirtschaftsteilnehmer davon etwas hat, sondern nur die Spekulationskassen der Kapitalmarktakteure gefüllt werden. Von Klugheit zeugen die Maßnahmen nicht.

Während die wirkliche Gefahr (ohne Berücksichtigung der Unfrieden schaffenden Ungerechtigkeiten) einer Inflation erst dann eintritt, wenn die Wirtschaftsteilnehmer auf Ersatzwährungen umsteigen, tritt die Gefahr bei einer Deflation sofort ein, jeder erwartet, dass die Preise weiter fallen und hält sich mit Kauf- und Investitionsentscheidungen zurück. Die Vermögensübertragungen - aufgrund der von der Geldseite her kommenden Vertragsverfälschungen - von Schuldnern auf die Gläubiger lassen dann die Konkursrate rapide ansteigen.

Moritz Koch sagt dazu im Handelsblatt-Interview: „Die Fed hat die Börsen in einen Rausch

3 <http://de.wikipedia.org/wiki/Rentenmark>

4 Die Vorgänge werden gut beschrieben in: „Inflation und Deflation zerstören die Demokratie,“ Gerhard Ziemer, 1971.

versetzt - aber nur sehr wenige Amerikaner haben profitiert. Die soziale Kluft wird immer mehr als Problem gesehen.“

Die Antwort von **David Lipton**: „Das Thema Ungleichheit ist von enormer Bedeutung und zwar nicht nur für Amerika. Ökonomen haben bisher argumentiert, dass Umverteilung das Wachstum schwächt. Wir behaupten: Es ist die Ungleichheit, die das Wachstum bremst. Wenn Staaten das Problem der Ungleichheit angehen wollen, können wir ihnen helfen, dabei so wachstumsfreundlich wie möglich zu sein.“

In dem HAZ-Bericht von **Dirk Stelzl** heißt es: „**Fahrenschon** wünscht sich vielmehr, dass die Zinsen in absehbarer Zeit wieder „maßvoll und langsam“ angehoben werden. „Es ist Zeit, dass man sich Gedanken macht, wie man die Zinswende einleitet.“

Wir haben hier wieder - in den aus den Zitaten abgeleiteten Forderungen – eine paradoxe Situation. Bei Lipton ist inzwischen die Einsicht eingekehrt, dass es wenig nutzt, wenn bei der Minderheit, nämlich die der großen Investoren⁵, die Chance zur Rendite - die nicht zu einem Mehr an Konsum führt - gegeben wird, sondern, dass es darauf ankommt, der Masse der Marktteilnehmer einen zusätzlichen Nutzen zu verschaffen. Die Forderung von Fahrenschon zielt aber in umgekehrter Richtung, ohne dass er sich dessen offensichtlich bewusst ist. Es ist nämlich so: So förderlich ein hoher Zinssatz in der Startsituation einer kapitalistischen Marktwirtschaft ist – wie sie bei uns in der Situation nach dem Zweiten Weltkrieg vorhanden war, so problematischer wird jeder Zehntel Prozentpunkt bei einer alternden Volkswirtschaft, weil die zunehmende Kapitalbildung einen zunehmenden Anteil vom Arbeitseinkommen für sich beansprucht. Bei der Saldierung der Zinsen, die die Menschen zu zahlen haben und den Zinsen, die sie erhalten, sind nur ein 1/10 aller Wirtschaftsteilnehmer Gewinner. Die Zinslast – die in den Preisen versteckt, dem Publikum nicht sichtbar ist – beträgt über 30 % des Nettoeinkommens jedes einzelnen Bürgers.⁶ Die Glaubwürdigkeit der Wirtschaftspresse würde steigen, wenn sie die Literatur dazu zur Kenntnis nehmen und auswerten würde. Wer z. B. die Autorennamen **Helmut Creutz** (bezogen auf den Zins) und **Dirk Löhrr** (bezogen auf ökonomische Renten) in eine Suchmaschine eingibt, wird dazu fündig.

In dem HAZ-Bericht heißt es – indirekt EZB-Präsident Mario Draghi zitierend – auch:

5 Früher waren die Produzenten die Investoren und nicht die Geldgeber.

6 Die Zinslast steigt mit steigender Kapitalbildung automatisch, wenn der Zins nicht gegen Null gefahren werden kann. Die Verarmung der Masse von Menschen und ihre Rebellion, die einsetzt, wenn die Last unerträglich wird, tritt mit mathematischer Präzession ein, vermutlich ohne Aufklärung des Publikums über die Zusammenhänge durch die Presse.

„Denkbar sei auch ein negativer Einlagenzins: Dies wäre gewissermaßen ein „Strafzins“ für Banken, die Geld bei der EZB parken, statt es etwa an Unternehmen zu verleihen.“ Unter den gegebenen Umständen empfindet nicht nur der Sparkassenpräsident sicherlich eine Verzinsung der Einlagen unterhalb der Inflationsraten schon als Strafzins. Und er hat recht. Wieso? Der Zins hat einen Doppelcharakter: Er ist einmal der Preis für die Überlassung von Liquidität und müsste, wenn die Preisfunktion wirklich intakt wäre, auch mit einem Minus als Vorzeichen funktionieren und zum anderen stellt der Zins die Ausbeutungsrate des Arbeitseinkommens da. Die Aufgabe einer Notenbank ist nun aber nicht, die Preisfunktion außer Kraft zu setzen, sondern sie darf – wenn das Instrumentarium sachgerecht gehandhabt wird – den Zinssatz nur für die Ergänzungsmenge des Geldes einsetzen, die für die Geldmengenregulierung – zur Stabilisierung des Preisniveaus - erforderlich ist. Und damit die Liquiditätsnachfrage durch den Zinssatz der Notenbank das Niveau des Marktes durch Ausweichen auf die Zentralbank nicht unterlaufen kann, müssten ihre Zinssätze immer über die des Marktniveaus liegen. Der Sinn ist: Der Liquiditätsmarkt – auf dem Geschäftsbanken, Unternehmen und Privatpersonen agieren – muss erst geräumt werden, bevor neues Geld ins Spiel kommt.

Und hier stoßen wir auf das eigentliche Problem, das auch das Saysche Theorem berührt, nach dem es eigentlich eine Arbeitslosigkeit gar nicht geben darf, weil aus der Produktion die Nachfrage hervorgeht.⁷ Die Nachfrage wird in einer Geldwirtschaft bekanntlich durch das Geld repräsentiert. Das Geld dient dem Austausch der Güter, erhält seinen Wert durch seine Funktion und dadurch, dass es mengenmäßig in definierten Grenzen gehalten wird, hat aber anders als die Ware im Naturaltausch einen anderen – einen überlegenen - Charakter. Dieser Charakter des Geldes setzt den Geldinhaber zum Wareninhaber in die Situation eines Erpressers, der den Zins einfordern kann. Wenn aber der Kreditmarkt so gesättigt ist, dass keine 3% Verzinsung mehr herausgeholt werden kann, streikt das Geld, es geht in die Liquiditätsfalle. Keynes hat den Vorgang ja gut beschrieben, nur seine Therapie hat die Staaten, die sich auf sein Rezept verlassen haben, in die Verschuldung und Inflation getrieben. Milton Friedman, der den Nobelpreis für die Wiedereinführung der Quantitätstheorie in Wirtschaftswissenschaft erhalten hat, wollte es besser machen und durch eine kontinuierliche Geldmengenerweiterung die Probleme lösen, die Keynes jenen Volkswirtschaften eingebracht hat, die der Politik des Defizit spendings gefolgt sind. Er (oder dieser Theorieansatz) ist ebenfalls ge-

⁷ Siehe: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/saysches-theorem.html>

scheitert. Meines Erachtens liegen die Ursachen hier in einem unklaren Geldbegriff, der angewendet wurde und weil die Fehlkonstruktion des heutigen Geldes nicht berücksichtigt wurde. So wie das Bewusstmachen der Liquiditätsfalle eine bleibende Leistung von Keynes ist, so ist auch das Insistieren auf die Quantitätstheorie des Geldes durch Friedman heute und auf Dauer wichtig. Denn ohne die Quantitätstheorie des Geldes bleibt jede Währungspolitik im Bereich der Spekulationen. Aber für eine brauchbare Quantitätstheorie ist eben ein solider Geldbegriff erforderlich. Wenn aber – wie heute üblich – Geld und Forderungen auf Geld in Geldmengenbegriffen wie M1, M2 und M3 zusammengefasst werden, dann ist die Quantitätstheorie, die ja in ihrer Gültigkeit von einer klaren Geldmengenbestimmung abhängig ist, nicht mehr brauchbar. Das Giralgeld (Einlagen der Kunden bei ihren Banken, kurzfristiges Kapital) ist in der Höhe bürokratisch zwar beeinflussbar aber in der Höhe nicht von der Notenbank bestimmbar.

An dieser Stelle muss auch darauf hingewiesen werden, dass die Sicherheit (Preisniveaustabilität) einer Währung wenig bis nichts mit der Seriosität der Finanzierung eines Staates zu tun hat, solange der Staat / die Staaten keinen direkten Zugriff auf die Notenbank hat / haben. Ein Staat kann durchaus in Konkurs gehen, ohne dass die Währung davon berührt ist. Die europäischen südlichen Staaten wurden für den Euro erst dadurch zu einem Problem, weil die EZB glaubt, in den Kapitalmarkt eingreifen zu müssen.

Die Ideen von der Bankenunion mit den gemeinsamen Haftungsfonds und der Europäischen Zentralbank als Aufsichtsbehörde der Geschäftsbanken speisen sich nach meiner Ansicht aus der Vorstellung, Geschäftsbanken könnten aus dem Nichts oder nach irgendeiner Formel Giralgeld schöpfen. Der erste Fehler ist die Gleichsetzung von Geld und Giralgeld (= Buchgeld, Kundeneinlagen, kurzfristiges Kapital). Erläuterung: Ein Buch- und die Forderung auf Rückgabe des Buches bleiben – wie immer man es betrachtet - zwei verschiedene Dinge, auch dann, wenn der Eigentümer erlaubt, bis zur Rückgabe des Buches dieses weiterzuverleihen. Wie oft das Buch auch weiterverleihen wird, es bleibt in der Realität immer nur ein Buch im Spiel. Hier laufen die abenteuerlichsten Diskussionen im Netz, dabei ist ja gar nicht zu bestreiten, dass mit Forderungen auf Geld – wie auch mit Eiern – Schulden⁸ beglichen werden können, wenn der Gläubiger es akzeptiert. Im Geschäftsleben ist das heute allgemein üblich, wenn nicht bekannt ist, dass man es mit einem „faulen“ Kunden zu tun hat.

⁸ Auch die Bezahlung eines Kaufpreises, einer Rechnung ist eine Schuldentilgung.

oooooooooooooooooooooooooooo

Einschub: Der ganze Giroverkehr mit den Kontokorrentkonten ⁹, den klassischen Überweisungen und Schecks und den elektronischen Übertragungen per Scheckkarte dient der Verkürzung der Wege des Geldes, so dass mit weniger Geldvolumen mehr an Gütervolumen umgesetzt, „transportiert“, werden kann. Von der Logik her muss das Giralgeld in der Quantitätstheorie-Formel nicht der Größe *Geldvolumen* zugeordnet werden, sondern der *Umlaufgeschwindigkeit des Geldes*. Wenn nun die Entwicklung des „Giralgeldes“ weiter getrieben wird, wird irgendwann der Punkt erreicht, ab der das Geldvolumen seine Funktion nicht mehr ausüben kann. Die schon in Erwägung gezogene Abschaffung des (Bar-)Geldes würde zu einem Zusammenbruch des Systems führen. Ein Umstieg auf digitales Geld ist denkbar, aber die dann erforderlichen Geldkonten würden neben den Girokonten bestehen. Geld und Giralgeld blieben auch bei einem rein digitalen Geld, also Geld in einer stofflosen Form, zwei verschiedenen Dinge.

oooooooooooooooooooooooooooo

Ich wiederhole, Geld sind anonyme Eigentumsansprüche auf einen Bruchteil der Güter, die sich im Markt befinden. Die Ansprüche sind „verbrieft“ durch Noten und Münzen ¹⁰, für deren Herausgabe die Notenbank ein Monopol ¹¹ hat, daher ist das Fälschen von Banknoten auch ein Straftatbestand. Wenn nun die Geschäftsbanken in irgendeiner Weise Kredite schöpfen könnten, bekämen sie damit Zugriff auf Eigentum an den Gütern im Markt, denn Kredite – wenn es sich nicht um Kredite auf der Basis von Naturalien handelt - beziehen sich immer auf Geld. Sie könnten sich also mit dem Giralgeld – das sind Kredite der Kunden an die Bank und umgekehrt – Ansprüche auf Geld verschaffen und sich dann mit dem Geld Ansprüche auf Güter im Markt verschaffen. In dem Fall, dass Banken solche Ansprüche aus dem Nichts – also ohne dem Markt als Gegenleistung Güter oder Dienstleistungen hinzuzufügen – schöpfen könnten, müssten alle Banken, die dazu in der Lage wären, von den Staatsanwälten verfolgt, angeklagt und anschließend geschlossen werden. Aber die Geschäftsbanken und hier besonders die Genossenschaftsbanken und Sparkassen müssen wohl noch mehr entmündigt werden und bürokratische Prügel erhalten, bevor sie sich bequemen, wenigstens an dieser Stelle denen zu helfen, die sich bemühen, den Nebel zu vertreiben, der sich um die Themen Geld, Giralgeld und Kreditschöpfung gelegt hat.

Der Ausgangspunkt der Verwirrung ist, dass jedermann feststellen kann, dass eine Schuld / eine Rechnung sowohl mit (Bar-)Geld wie auch mit der Übertragung von Ansprüchen auf

9 <http://www.wirtschaftslexikon24.com/d/kontokorrentkonto/kontokorrentkonto.htm>

10 Bei den Münzen ist das etwas anders geregelt.

11 Das Monopol ist hier von der Sache her auch gerechtfertigt. Ein konkurrierendes Geld ist nur als ein Warengeld denkbar, nicht mit einer Geldwertstabilität ausrüstbar und hätte diverse fluktuierende Wechselkurse in einer Volkswirtschaft oder einem Währungsraum zur Folge.

Geld (Giralgeld) tilgen / bezahlen kann. Da das Giralgeld im Volumen viel umfangreicher ist als das (Bar-)Geld, wird vermutet, die Banken könnten es schöpfen. Es wird dabei übersehen, dass das (Bar-)Geld wie die Eimer eines Eimerbaggers einen Kreis bilden und somit der einzelne Schein (und die einzelne Münze) – wenn er nicht gehortet wird, immer wieder zum Einsatz kommt. Daher spricht man von der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes.¹² Jedenfalls wird der falsche Schluss gezogen, dass auch das Giralgeld der staatlichen Kontrolle unterzogen werden muss. Die theoretische Grundlage finden die Befürworter der Verstaatlichung des Kredits in dem Werk des berühmten Ökonomen **Irving Fisher** mit dem Titel „100%-Money / 100% Geld und in dem Titel „Geldschöpfung in öffentlicher Hand“ von **Josef Huber** und **James Robertson**. In der Schweiz gibt es inzwischen eine Volksinitiative, die sich aufgrund dieser Theorie dem schweizerischen Staat dazu verpflichten will. Siehe:

<http://www.vollgeld-initiative.ch/home.html>

Wenn der Notenbank in einem demokratischen Regierungssystem Politik zugebilligt wird – wie es zur Zeit eindeutig geschieht –, dann entsteht aufgrund dieses Verfahrens ein Demokratiedefizit. Es gibt deshalb auch die Forderung, die Notenbank als eine vierte Gewalt zu installieren. Davon, wie das ohne Konflikte mit den bestehenden Gewalten funktionieren soll, habe ich noch nichts gehört. Ich habe mich mit dem Thema Demokratisierung der Noten schon 1989 in meinem Text 5.0 „GLASNOST und PERESTROIKA in der WÄHRUNGSPOLITIK ...“ auseinander gesetzt.

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/5.0%20Glasnost%20BB%20Haupttext.pdf>

Ich halte den Weg der Aufblähung der Institution *Zentralbank* und ihre Demokratisierung für den falschen Weg und verweise darauf, dass die Notenbank auf ihre Funktion der Geldmengensteuerung und der Umlaufsicherung des Geldes beschränkt werden kann und sollte. Eine Notenbank hat aus dieser Sicht keine Bank der Finanzminister zu sein, sie hat sich jeglicher Tätigkeit am Devisenmarkt zu enthalten (Was die Währungsspekulationen sehr eindämmen würde.) Sie benötigt für ihre Aufgabe keine Währungsreserven und keine Goldbestände. Die vorhandenen Bestände können eingesetzt werden, um den Überhang an Geld zurückzukaufen. Die Notenbankleitung könnte einem Regelwerk unterworfen werden, das ihr keine Politik ermöglicht. Um eine solche Notenbank zu installieren, fehlt ihr aber noch ein wesent-

¹² Besser sollte man von der Umschlaghäufigkeit sprechen, weil der maximale Umschlag vom Takt der Produktion oder Leistungserbringung gegeben wird. Aber jede Reduzierung des maximalen Geldumschlages oder starke Schwankungen bedeuten konjunkturelle Einbrüche und Unsicherheiten. Der optimale Geldumlauf ist gefunden, wenn die Güterseite von einem konstanten Umlauf des Geldes weder getrieben noch ausgebremst wird.

liches Instrument, nämlich die Umlaufsicherung des Geldes. Die Umlaufsicherung ermöglicht einer Notenbank die Geldmenge - als Voraussetzung die Kaufkraftstabilität des Geldes - zu steuern und die Konjunktur zu stabilisieren. Und wichtig ist auch, dass dann die Zinsstrukturkurve auch bei negativem Zins auf Girokonten¹³ in Funktion bleiben kann bzw. wieder in Kraft gesetzt wird. Der Hinweis auf die Zinsstrukturkurve meint, längerfristige Geldanlagen müssen belohnt und kurzfristige Einlagen müssen mit Kosten belastet werden. In der letzten Mitgliederzeitschrift „Fairconomy“ 1/2014 ist dazu ein Aufruf zu lesen.¹⁴

Das Zauberwort, dass das Berichtspotential der Wirtschaftsjournalisten erweitern kann, heißt also ***Umlaufsicherung des Geldes***, auch *Durchhaltekosten des Geldes* oder *fließendes Geld*.¹⁵ Und ich wiederhole mich nochmals: Mit Geld ist das (Bar-)Geld gemeint und nicht das Giralgeld. Zu dem Thema findet man im Netz viel Unsinn aber eben auch viel Solides.¹⁶ Aber es gibt ja das Sprichwort, dass die Spreu vom Weizen zu trennen ist.

Sie mögen nun meine Ausführungen als Spinnerei abtun, was auf den ersten Blick für Sie das Bequemste ist, Sie können dann im gewohnten Trott weiter berichten. Auf den zweiten Blick, könnte sich das aber für Sie zum Schaden wenden, denn es könnte Ihnen in der nächsten Generation eine Bewertung einbringen, wie jenen Kollegen von Ihnen, die treu dem NS- und dem SED-Regime gedient haben. Meine Ausführungen sind auch kein Appell an Ihren Glauben, sondern an Ihren Verstand.

Ich gehe davon aus, dass die Ausgangstexte aus der HAZ und dem HB, die mich zu diesen Zeilen animiert haben, Ihnen und anderen Lesern direkt zugänglich oder im Internet zu finden sind. TA

Nachtrag:

Mir kam noch der Artikel „Geldpolitik / Die Stunde der Draghiologen“ von Nikolaus Pieper aus der Süddeutschen Zeitung vom 15. April 2014 vor die Augen. Der Autor beschreibt den Nebel um die Währungsfragen ganz gut, merkt aber nicht, dass er auch nur Nebel erzeugt. Auf die Frage, wie ich den Artikel bewerte, habe ich geantwortet: „Er ist ein Armutszeugnis des Wirtschaftsjournalismus!“

13 Als Folge der Umlaufsicherung, nicht als Bürokratische Anordnung.

14 Siehe: www.nwo.de, zielgenauer unter <http://www.inwo.de/ziele/stabile-waehrung-dank-durchhaltekosten/>

15 Fließend deshalb, weil nur Fließendes oder Strömendes gesteuert werden kann.

16 Die allgemeine Verwirrung in der theoretischen Ökonomie und in den Währungsfragen hat auch die Geldreformer erreicht.